

Sperrfrist: 21.10.2017 – 8 Uhr

“Der Kampf für die Unabhängigkeit – wo stehen wir heute?”

Votum anlässlich des Parteitages der SVP/ZH vom 21.10.2017

im Doktorhaus in Wallisellen

von Christoph Blocher, a. Bundesrat und a. Nationalrat

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Inhaltsverzeichnis

I.	Binsenwahrheiten.....	3
II.	Die Schweiz als europäischer Staat – ausserhalb der EU.....	3
III.	Unabhängigkeit und Staatssäulen gefährdet.....	4
IV.	Was tut die SVP?.....	6
V.	Der Weg der freien Schweiz in Europa.....	7

Herr Parteipräsident
Herren Nationalräte, Kantonsrätinnen und Kantonsräte
Geschätzte Mitglieder der Zürcher SVP
Liebe Frauen und Männer

Worum geht es in der Politik?

Es geht um nichts weniger, als dafür zu sorgen, dass es dem Land und seinen Menschen gut geht. Ja, wie geht's denn der Schweiz, wie geht's den Schweizern?

I. Binsenwahrheit

Im **Vergleich mit anderen Ländern** – das ist heute Gemeingut – **geht es der Schweiz gut: wirtschaftlich, gesellschaftlich, punkto Lebensqualität und Frieden.** Das ist eigentlich erstaunlich, denn die Schweiz ist **von Natur her ein armes Land:** Keine Bodenschätze, kein bedeutender Binnenmarkt, kein Meeranschluss, mit vier Landessprachen relativ kompliziert, keine Grossmacht und aufs Recht angewiesen.

Wo liegt der Grund für die "bessere Situation"? Er ist bald gefunden:

Im Vergleich zu anderen Ländern werden gemäss Schweizer Verfassung die **Interessen der eigenen Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt gestellt. Die Schweiz legt seit Jahrhunderten einen besonderen Wert auf die Souveränität, Eigenständigkeit, Selbstbestimmung, dauernde Neutralität, Freiheit, Föderalismus, Weltoffenheit und ist dem Grundsatz nach - leider nur grundsätzlich - der freien Marktwirtschaft verpflichtet.**

Ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist die **direkte Demokratie:** Die Bürger entscheiden direkt über ihre Zukunft.

So ist die Schweiz trotz natürlicher Armut eines der reichsten Länder der Welt geworden, begehrt für Einwanderer aus der ganzen Welt.

Aus all dem folgt: **Nur wenn wir auf diesen Stärken aufbauen, ja diese pflegen und ausbauen,** werden wir auch eine bessere Zukunft garantieren können.

II. Die Schweiz ein europäischer Staat – ausserhalb der EU

Die Schweiz liegt – wir haben das schon in der Primarschule gelernt – **geografisch mitten in Europa.** Und Europa zählt über **40 Staaten.** Der EU gehören deren 28, in zwei Jahren noch 27 Staaten an.

Warum gehört ihr die Schweiz nicht an? Auch das ist einfach: **Weil die soeben genannten Staatssäulen, die die Stärke der Schweiz ausmachen, getroffen und zum Teil vernichtet würden. Was die gute Situation der Schweiz schwächt, ja verunmöglicht.**

Darum sagte der Schweizer Souverän vor 25 Jahren **Nein zum Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** als Vorstufe zur EU. Dies in der wichtigsten Volksabstimmung seit 1848. Dank der SVP – und nicht zuletzt dank der Zürcher SVP – ist dieser Schicksalsentscheid vor 25 Jahren gefallen!
Und meine Damen und Herren, **dank diesem Entscheid ist heute die Schweiz nicht Mitglied der EU!**

III. Unabhängigkeit und Staatssäulen gefährdet

Doch leider haben die Verlierer von damals – also die ganze Classe politique – den Entscheid vom 6. Dezember 1992 nie akzeptiert. Darum sind die erfolgreichen **schweizerischen Staatssäulen und mit ihnen die Schweiz hoch gefährdet**. Nicht von aussen, sondern von innen! Nach wie vor arbeiten Verwaltung, Bundesrat und Parlament, namentlich auch Gewerkschaften und Grossunternehmen mit ihren ausländischen Managern an einer Anpassung ans Ausland. Sie alle **neigen zur institutionellen Anbindung der Schweiz an die EU durch einen institutionellen Vertrag, der Rahmenvertrag heisst und schlussendlich zum EU-Beitritt führt**.

Lassen wir uns nicht täuschen: Dem direkten EU-Beitritt erteilen sie zurzeit eine Absage, weil sie wissen, dass das Schweizer Volk Nein sagen würde.

Aber trotz des erfolgreichen, Jahrhunderte alten Weges wollen sie diesen nach wie vor preisgeben.

Hören wir nicht auf sie! Es sind kleingläubige, eingeschüchterte oder selbstsüchtige Politiker, staatstreulose Beamte und Manager, die kaum bis zur eigenen Nasenspitze, aber umso mehr bis ins eigene Portemonnaie, auf jeden Fall bis zum nächsten Bonus zu blicken vermögen!

Meine Damen und Herren, es ist Aufgabe der SVP, diesen Irrweg zu unterbinden. Wir stehen wieder – wie vor 25 Jahren – am Anfang des Kampfes für Unabhängigkeit, weil die Classe politique das Gegenteil will.

Rufen wir uns die jüngste Zeit in Erinnerung:

- **2011** legte der **Zürcher Staatsrechtler Daniel Thürer** ein vom Bundesrat bestelltes Gutachten vor. **Dieses Gutachten ist eine Anleitung, wie man die Schweiz ohne Volksabstimmung in die EU führen kann**. Nämlich dadurch, dass das EU-Recht einfach über das schweizerische Recht gestellt wird, genau wie es ja der angestrebte, aber von Volk und Ständen abgelehnte EWR Vertrag vorsah und wie es – in noch viel weiterem Rahmen – der beabsichtigte Rahmenvertrag vorsieht. Dieses Gutachten Thürer trägt den harmlosen Titel **"Gutachten über mögliche Formen der Umsetzung und Anwendung der bilateralen Abkommen"**. Und bis heute handeln Verwaltung und Bundesrat nach diesem Muster.

- Am 21. Dezember 2012 richtete der Präsident der EU-Kommission ein **Schreiben an die Schweiz**, in dem er klar und deutlich die **institutionelle Integration bei Rechtssetzung und Rechtsprechung verlangte**. Dies ist die **Aufforderung zum «EU-Beitritt auf Samtpfoten»**.
- Der Bundesrat erklärte sich hierauf in einem Verhandlungsmandat bereit, **den Forderungen aus Brüssel zu entsprechen**. Gemäss Bundesrat befürwortet die Schweiz demnach die „dynamische“ Übernahme von EU-Recht (und damit fremdes Recht), **akzeptiert den Europäischen Gerichtshof** (und damit fremde Richter) als massgebende Instanz und bietet Hand zu **Strafsanktionen, genannt "Ausgleichsmassnahmen"**.
- **Anfangs dieser Legislatur** verlangte die SVP-Fraktion, dass das Legislaturziel, den Rahmenvertrag zu beschliessen, abgelehnt wird. Die SVP unterlag! Ein erneuter Vorstoss wurde vom Nationalrat in diesem Sommer abgelehnt. **Alle anderen Fraktionen wollen diesen Unterjochungsvertrag**.
- Ob sich an diesem Mandat etwas ändert, wird sich zeigen. Der neue Tessiner Bundesrat **Ignazio Cassis**, der das Departement des Äusseren übernimmt, hat immerhin **versprochen, dass er weder eine automatische Rechtsübernahme noch fremde Richter will und dass er der EU nicht beitreten möchte**. (Es sind allerdings Aussagen vor der Wahl in den Bundesrat. Diesen ist stets mit allergrösster Skepsis zu begegnen.)
- Ein solcher **Rahmenvertrag** wird mittlerweile neben den **Linken** auch von der **Economiesuisse**, der **Bankiervereinigung** und von der **NZZ** unterstützt. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 29. September 2017 einen Entscheid verschoben und wollte einen Kohäsionsbeitrag an die EU von einer Milliarde Franken unter dem alten Aussenminister nicht verabschieden.

Doch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Generell ist zu bemerken: **Im Bundesrat und im Parlament herrscht eine grosse Angst, dass das Schweizer Volk einen solchen Rahmenvertrag ablehnen wird**. Darum hält man den Terminplan nicht mehr ein und versucht durch dauernd neue Verschleierungen, den Vertrag umzudeuten und den Inhalt zu vertuschen.

Zumindest haben unser **Widerstand und unsere Entschlossenheit, den Vertrag in einer Volksabstimmung zu bekämpfen, dazu geführt, dass das Geschäft verschoben wird**.

Sicher ist, dass heute Verwaltung, Bundesrat und Parlament wesentlich unehrlicher und hinterhältiger argumentieren werden als vor 25 Jahren. Damals schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft ans Parlament: **"Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europastrategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat."** Unser Bundesrat Ogi hat damals diese Botschaft in Übereinstimmung mit den Befürwortern popularisiert mit dem Ausspruch, **der EWR sei "das Trainingslager für den EU-Beitritt"**. Diesmal wird solche Korrektheit fehlen.

Auch hören wir bereits, dass man nicht gedenkt, den **Rahmenvertrag** – im Gegensatz zum **EWR-Vertrag** – dem **obligatorischen Referendum** zu unterstellen! Ein Vertrag, der Verfassungsrang hat, soll nicht dem obligatorischen Referendum unterstellt werden?

Hier wäre noch der letzte Beweis erbracht, wie die Verwaltung – wohl angeleitet durch das Bundesamt für Justiz – **rechtsbrecherisch handelt**.

IV. Was tut die SVP?

Um die Unabhängigkeit der Schweiz zu verteidigen und den Kampf für die Unabhängigkeit des Landes zu führen, bin ich im Mai 2014 aus dem Parlament zurückgetreten, um das **"Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt (EU-No)"** zu präsidieren. Unsere Aufgabe ist vorerst, **uns für den Abstimmungskampf gegen diesen verhängnisvollen Rahmenvertrag bereitzuhalten**, um diese Volksabstimmung zu gewinnen. **Diesem Komitee gehören bis heute über 130 Organisationen, darunter die SVP, die AUNS und viele spezifische Interessen-Organisationen und über 7'000 Einzelmitglieder an.**

Das weckt Zuversicht.

- Bis zum Abstimmungskampf sind alle erdenklichen **parlamentarischen Abwehrmassnahmen** zu ergreifen.
- **Im Parlament ist das obligatorische Referendum zu verlangen**, und diejenigen, die diese Selbstverständlichkeit ablehnen, sind an den Pranger zu stellen.
- Das **Motiv der Befürworter** ist klar zu benennen:
- Den Regierenden, der Verwaltung, den Diplomaten und den meisten eidgenössischen Parlamentariern war es schon immer zu eng im eigenen Land. Sie streben nach wie vor nach internationaler Anerkennung, Grösse, Geld, Konferenzen, Dienstreisen, Privilegien und Blitzlichtgewitter. Zurückhaltung, Mass halten, Demut vor dem Erreichten, die kluge Sorge für das Land selbst – typisch schweizerische Tugenden –, schlagen sie in den Wind. Darum drängen sie in die EU, wo alle mit exorbitanten Entschädigungen für alles verantwortlich sind, aber niemand für etwas!

Sie wollen, dass die Schweiz EU-Gesetze übernimmt, ohne dass der höchste schweizerische Gesetzgeber – Volk, Kantone und Parlament – noch etwas zu sagen hätten. So kann man die lästige Entscheidung der Bürger ausschalten. **EU-Recht soll Schweizer Recht brechen!** Und wir Schweizer sollen **fremde Richter** – sei es der EU-Gerichtshof, sei es der EFTA-Gerichtshof oder sei es ein anderer internationaler Club – akzeptieren. Die schweizerische und die europäische Classe politique unter sich! **Darum wollen sie den Rahmenvertrag mit "institutioneller Bindung"**. Der eben zurückgetretene Chefredaktor der "NZZ am Sonntag" hat noch einen beschönigenden Namen vorgeschlagen, nämlich "Koordinationsabkommen".

Doch passen wir auf, liebe Parteifreunde, wie bei früheren internationalen Verträgen wird man auch hier versuchen, **dem Volk Honig um den Mund zu streichen**.
Erinnern wir uns: Was predigte uns die Obrigkeit nicht alles vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit, die zu einer grenzenlosen und schädlichen Masseneinwanderung geführt hat?

V. Der Weg der freien Schweiz in Europa

Der Weg einer freien Schweiz mitten in Europa ist einfach. Wir gehen den **bewährten Weg**, d.h. **wir pflegen mit allen Ländern der Welt freundschaftliche Beziehungen**. Die Grenze dieser freundschaftlichen Beziehungen bilden **die schweizerische Unabhängigkeit, die immerwährende Neutralität sowie die Rechte von Volk und Ständen!**

- Wir treten ein für das **Selbstbestimmungsrecht** der Völker – **aber auch für das Selbstbestimmungsrecht der Schweiz**. Im Staat Schweiz bestimmen wir, ausserhalb bestimmen andere. **Das ist der über 700-jährige erfolgreiche Weg**. Am damaligen Gelübde: **"Wir wollen keine fremden Richter haben"** gibt es nichts zu rütteln. Mit fremden Richtern waren damals alle Staatgewalten gemeint. Aktuell heisst dies:
 - **Kein EU-Beitritt!**
 - **Keine Verträge, die die Handlungsfreiheit der Schweiz einschränken.**
 - **Keine Ankettung an die EU durch einen Rahmenvertrag.**
 - **Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.**
 - **Nein zur Personenfreizügigkeit - für eine massvolle Zuwanderung.**